

Sitzungsniederschrift

26. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich (Raum 1.106)		
Sitzungsdatum: 20.07.2015	Sitzungsbeginn: 16:09 Uhr	Sitzungsende: 17:35 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Carow, Johanne	FW	
Dirks, Friederike	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Kleen, Barbara	SPD	
Odens, Roelf	CDU	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Hülsebus, Dieter		
Pieschke, Bärbel		
Tobiassen, Bernd		

Verwaltung

Christoffers, Dieter	Leiter des Sozialamtes
Heeren, Eimo Dr.	Leiter des Amtes für Gesundheitswesen
Jelden, Frauке	Gleichstellungsbeauftragte
Krantz-Rewerts, Silke	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte
Müller, Michael	Stellvertretender Leiter des Sozialamtes
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Schäfer, Marcel	Protokollführer
Seemann, Volker	Abteilungsleiter Allgemeine Sozialhilfe

Nicht anwesend:

Beratende Mitglieder

Borm, Hans-Joachim

Cordes, Andrea

Gerdес, Richard

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2015 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
7. Vorstellung des Bundesprogramms "Demokratie leben"; Aufbau einer "Partnerschaft für Demokratie" im Landkreis Aurich
8. Vorstellung der Nachqualifizierung in der Altenpflege; verkürzte Ausbildung zur examinierten Altenpflegekraft
9. Einwohnerfragestunde
10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 16:09 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2015 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift vom 09.06.2015 - öffentlicher Teil - wurde einstimmig bei einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Gleichstellungsbeauftragte Jelden berichtete zu den internen und externen Aufgaben, die durch sie und die stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte Krantz-Rewerts wahrgenommen werden.

Im Rahmen der internen Aufgaben würde die Gleichstellungsbeauftragte in jeder Personalangelegenheit beteiligt werden. Dies seien insbesondere die Teilnahme an vielen Vorstellungsgesprächen und eine Beteiligung in den Arbeitsgruppen Betriebliches Gesundheitsmanagement und Personalentwicklung, um dort die gleichstellungspolitische Sichtweise einzubringen. Zudem wurde gemeinsam mit dem Personalrat und der Dienststelle eine Dienstvereinbarung zur Telearbeit zum 01.05.2015 eingeführt; hierzu lägen aktuell 9 Anfragen vor.



Außerdem gehörten Beratungsgespräche für Kolleginnen und Kollegen des Landkreises und für die Bevölkerung sowie die Organisation und Durchführung eines Frühstücks für Frauen und Männer mit gleichstellungsrelevanten Themenstellungen zu ihren Aufgaben.

Bei den externen Aufgaben handele es sich insbesondere um das Projekt: „Deutschunterricht für weibliche Flüchtlinge“ in Zusammenarbeit mit den Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden und den zweiten Durchgang der Fortbildungsreihe: „Frauen in die Kommunalpolitik“, die gemeinsam mit Kolleginnen der Städte Emden, Aurich und Norden durchgeführt wurde.

Weiter würde nach den Sommerferien der zweite Durchgang des Selbstbehauptungstrainings an Förderschulen beginnen und während der Ferien die Abwicklung der Förderung der verlässlichen Ferienbetreuung, deren Notwendigkeit sich in allen Kommunen, besonders aber auf den Inseln, zeige.

Im Weiteren teilte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** mit, dass sie mit der Leitungsfunktion als Koordinatorin der Regionalkonferenz Weser-Ems betraut wurde. Im Rahmen ihrer Aufgabe, die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen des Landkreises sicherzustellen, sei aufgefallen, dass einige ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte zurückgetreten seien oder nicht in Erscheinung treten würden. Hier gab es Gespräche mit den jeweiligen Bürgermeistern.

Gleichstellungsbeauftragte Jelden wies noch auf die geplante Reform des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hin, durch die voraussichtlich eine Hauptamtlichkeit für Kommunen über 20.000 Einwohnende eingeführt werde.

Letztlich wies **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** auf die Wichtigkeit hin, Netzwerke zu knüpfen. Beispielhaft zählte sie die Zusammenarbeit mit dem Personalrat, der Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft und der Beauftragten für Chancengleichheit innerhalb des Landkreises auf. Netzwerkarbeit sei auch die Teilnahme und Leitung von Arbeitsgruppen und Netzwerken, wie dem Netzwerk junge Mütter und Schwangere, der Berufsgruppe gegen Gewalt und Kinder, dem Regionalen Netzwerk für Alleinerziehende sowie dem Überbetrieblichen Verbund.

Im Vorgriff auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung appellierte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** an die Ausschussmitglieder, den Verhütungsmittelfonds über das Jahr 2015 hinaus zu verlängern. Die Vorstellung der Bilanz des letzten Jahres folge in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses.

Abgeordneter Sievers kritisierte die gesetzliche Einwohnergrenze von 20.000 Einwohnern; eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte sei nach seiner Auffassung auch bei Kommunen mit weniger Einwohnern notwendig.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Albers** erklärte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden**, dass sie ihre Ziele für die zweite Jahreshälfte 2015 systematisch zusammentrage und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vortrage. Hierzu zählten die Schwerpunkte Migration, Gewalt sowie Familie und Beruf.



Auf die Bitte der **Abgeordneten Albers** und der **Vorsitzenden Kleinert** sagte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden** abschließend zu, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung konkrete Daten und Zahlen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.10.2014: Qualitätssiegel "Familienfreundlicher Arbeitgeber" vorzutragen.

TOP 7 **Vorstellung des Bundesprogramms "Demokratie leben";
Aufbau einer "Partnerschaft für Demokratie" im Landkreis Aurich**

Herr Timo Schneider stellte sich als Koordinator des Projektes „Demokratie leben“ vor, für das der Landkreis Aurich als eine von 16 Kommunen den Zuschlag erhalten habe. Dieses Projekt sei bei der Kreisvolkshochschule Norden angesiedelt.

Die Strukturschwäche des Landkreises Aurich biete einen Nährboden für den Rechtsradikalismus. Im Landkreis Aurich gäbe es zwar keine festen rechtsextremen Strukturen, jedoch sei auch hier Alltagsrassismus anzutreffen. In Wilhelmshaven und im Emsland gäbe es rechtsextremistische Organisationen, mit denen im Internet auch Personen aus dem Landkreis sympathisieren würden, wie eine Eigenrecherche ergeben habe. Zudem käme es im Landkreis Aurich überdurchschnittlich oft zu Körperverletzungen.

Bei den letzten beiden Bundestags-, Landtags- und Europawahlen lag die Wahlbeteiligung in einigen Wahlbezirken unter 50 Prozent. Es herrsche eine Politikverdrossenheit, die nach einer Umfrage des Projektes „Demokratie leben“ insbesondere auf eine fehlende Streitkultur in politischen Gremien und einer sogenannten „Hinterstübchenpolitik“ zurückzuführen sei.

Dem wolle das Projekt „Demokratie leben“ entgegentreten und habe hierzu 3 Leitziele definiert, und zwar 1. Zuwanderung begleiten, 2. Engagement vernetzen und 3. Demokratie erlebbar machen. Hierzu gäbe es einen Aktionsfonds mit 20.000 € pro Jahr aus Bundesmitteln, die durch einen Begleitausschuss vergeben würden. **Herr Schneider** lud die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ein, an der nächsten öffentlichen Sitzung des Begleitausschusses am 14.09.2015 teilzunehmen. Weitere Informationen könnten auch der eingerichteten Homepage: www.moin-zusammen.de entnommen werden. Er wünschte sich bei der Besetzung des Begleitausschusses noch die Mitwirkung von Mitgliedern aus den politischen Gremien.

Herr Saathoff-Reents vom Amt für Kinder, Jugend und Familie ergänzte, dass Jugendliche eine andere Herangehensweise an politische Themenfelder hätten. Es gäbe zwar Jugendparlamente, eine Verbindlichkeit hierfür zu schaffen sei jedoch schwierig.

Es seien daher Plakataktionen und eine Internetbefragung geplant, um von Jugendlichen zu erfahren, wie sie Rechtsradikalismus und Gewalt erlebten. Aus dem Aktionsfonds könnten Aktionen und Projekte von Jugendlichen unkompliziert Gelder bekommen. Die Förderung dieses Projektes laufe noch bis 2019, bis dahin solle ein Aktionsplan für den Landkreis Aurich erstellt werden.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Forster und Altmann** erklärte **Herr Schneider**, dass ab dem Jahr 2016 eine Kofinanzierung des Projektes notwendig sei. Die Gesamtkosten des Projektes inklusive der Personalkosten beliefen sich auf etwa 55.000 € pro Jahr.



Hiervon müsse im Jahre 2016 eine Kofinanzierung in Höhe von 10 %, also etwa 5.500 € und in den Jahren 2017 bis 2019 in Höhe von 20 %, also etwa 11.000 € erfolgen.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich bei Herrn Schneider und Herrn Saathoff-Reents für den Vortrag und wies die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung abschließend nochmals auf die nächste Sitzung des Begleitausschusses hin.

TOP 8 **Vorstellung der Nachqualifizierung in der Altenpflege;
verkürzte Ausbildung zur examinierten Altenpflegekraft**

Frau Peters von den Berufsbildenden Schulen I (BBS I) stellte den Berufsbegleitenden Kurs zur Qualifizierung als Altenpflegerin bzw. Altenpfleger vor. Dieser sei in Zusammenarbeit mit der Peter Janssen Gruppe im Jahre 2014 wegen des Fachkräftemangels in den Pflegeberufen als Pilotprojekt gestartet und sehe eine verkürzte zweijährige Ausbildung neben dem Hauptberuf vor, bei der der Hauptarbeitsvertrag bestehen bleibe. Für die Ausbildung würde mit den Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern eine Ergänzungsvereinbarung geschlossen.

Die Teilnehmerzahl sei auf 20 Personen begrenzt um die verkürzte Ausbildung gut vermitteln zu können. Der Vorteil bei diesem Modell sei, dass die Pflegeeinrichtungen ihr Pflegepersonal durch vorhandenes Personal aus dem Hilfskräftebereich aufstocken könne, das bereits eingearbeitet und in den Betrieb integriert sei.

Herr Kalvelage von der Peter Janssen Gruppe erklärte ergänzend, dass dort etwa 80 Personen zu Pflegefachkräften ausgebildet würden, dieses Jahr jedoch nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden konnten. Das Personal bestehe etwa zu jeweils 50 % aus Pflegefachkräften und aus Hilfskräften. Diese Hilfskräfte verfügten über die Qualifikation als Sozialassistent und hätten durch ihre berufliche Tätigkeit bereits ein hohes Fachwissen erworben. Diesen Kräften wollte man die Gelegenheit bieten, sich zu einer Pflegefachkraft weiterzubilden. Während dieser Fortbildung würde weiterhin das volle Gehalt als Sozialassistent sowie zusätzlich Fahrtkosten für die Fortbildung gezahlt werden.

Es gab im ersten Jahr eine positive Resonanz hinsichtlich des Projektes. So wurden im ersten Jahr 13 Personen aus dem Bereich der Peter Janssen Gruppe für die Fortbildung angemeldet, die dann im nächsten Jahr als Pflegefachkraft zur Verfügung stünden und in diesem Jahr 8 Personen, die dann im übernächsten Jahr zur Verfügung stünden. Da der Fachkräftemangel ein langfristiges Problem sei, wäre man von diesem Projekt überzeugt, so **Herr Kalvelage**. Zudem würden so wieder Stellen in der Sozialassistenten vakant, die dann nach zu besetzen seien.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Forster** teilte **Frau Peters** mit, dass es sich zunächst um ein Pilotprojekt handelte, bei dem die Strukturen aufgebaut und die Kosten ermittelt werden mussten. Mittlerweile sei der Kurs jedoch auch für andere Einrichtung offen. Die Teilnehmer setzten sich etwa aus einem Drittel aus dem ambulanten und zwei Dritteln aus dem stationären Bereich zusammen, so **Frau Peters** auf Nachfrage der **Abgeordneten Altmann**, wobei die Nachfrage aus dem ambulanten Bereich steige.

Für das Projekt sei eine Zertifizierung der BBS I notwendig gewesen, bei der zunächst speziell der Pflegebereich begutachtet wurde.



Im Anschluss wurden die einzelnen Maßnahmen vom Auswahlverfahren bis hin zur Prüfung zertifiziert, so **Frau Peters** abschließend auf Nachfragen der **Abgeordneten Dirks** und **Altmann**.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich bei Frau Peters für den Vortrag.

TOP 9 **Einwohnerfragestunde**

Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Wortmeldungen lagen nicht vor.

TOP 11 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:30 Uhr. **Abgeordneter Ihnen** verließ die Sitzung um 17:30 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Schäfer
Protokollführer
